

Antrag 2

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 158. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 11. November 2008

Lehrstellen für unsere Jugend – mehr Kompetenzen für Regierungsbeauftragten KR Egon Blum

Obwohl es in Vorarlberg eine Vielzahl von Initiativen und beispielgebenden Projekten gibt und die Lehrlingszahlen in den Betrieben gestiegen sind, sind immer noch hunderte junge Menschen auf der Suche nach einem Lehrplatz.

Zu den Schulabgängern und Ausbildungsabbrechern kommen nun auch noch jene Auszubildenden hinzu, die durch die – von uns allen massiv bekämpfte – Erleichterung der Lehrlingskündigung untergebracht werden müssen. Damit ihnen eine Zukunft gegen werden kann, ist eine rasche und massive Ausweitung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten/ Ausbildungszentren erforderlich.

Der Qualität der Ausbildung ist ein besonderes Augenmerk zu schenken, damit die Lehre aufgewertet wird und auch in Zukunft ihren hohen Stellenwert behält.

Die 158. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert,

- eine Ausweitung der Kompetenzen des Regierungsbeauftragten der Bundesregierung, KR Egon Blum, damit die im Jugendbeschäftigungsgesetz verankerte Qualitätssicherung der Lehre rasch umgesetzt werden kann. Ziel muss es sein, die Qualität der Lehrausbildung nicht nur auf hohem Niveau zu halten, sondern ständig zu verbessern. Die Lehre soll und muss eine echte Alternative zu anderen schulischen Ausbildungen sein (Stichwort: Lehre und Matura).
- die neuen Fördermöglichkeiten (Blum-Bonus II) zu ergänzen, damit eine möglichst große Anzahl von betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden kann,
- die mit dem letzten Jugendbeschäftigungspaket beschlossene Kündigungsmöglichkeit zurückzunehmen. Diese Maßnahme führt zu Verunsicherung und damit zur Schwächung der Lehre.

- die Schaffung von zusätzlichen überbetrieblichen Ausbildungszentren. Die vorhandenen Angebote müssen erweitert und durch neue bedarfsorientierte Ausbildungsmöglichkeiten (z. B. Elektronik/Elektrotechnik) ergänzt werden. Die Einrichtung und Schwerpunktsetzung neuer ÜAZ ist mit AMS, Land, Sozialpartnern und dem Regierungsbeauftragten der Bundesregierung, KR Egon Blum, eng abzustimmen.
- die räumliche Bündelung bestehender Projekte und Initiativen im Bereich Jugend und Ausbildung, um eine möglichst optimale Betreuung der Jugendlichen und die Nutzung von Synergien zu ermöglichen.
- die Ausbildungsgarantie der Bundesregierung auf Dauer (finanziell und rechtlich) abzusichern und als „Recht auf berufliche Erstausbildung“ in der Verfassung zu verankern.